



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5380.02

ED/P105380
Basel, 6. April 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 5. April 2011

Schriftliche Anfrage Francisca Schiess betreffend Präventionsarbeiten im Kinder- und Jugendbereich

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Francisca Schiess dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Themen wie Internet- und Handysicherheit, Computergames und Gewalt oder gewalttätige Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum erhalten - insbesondere wenn Jugendliche involviert sind - viel mediale Aufmerksamkeit. Dies zeigt sich auch in der Zahl der eingereichten Vorstösse im Grossen Rat. Dabei geht es meist um langfristige Präventionsbemühungen oder um kurzfristige Strafmassnahmen zum Abstellen von Fehlverhalten.

Es scheint, dass eines dabei zu wenig Aufmerksamkeit bekommt: Der Umgang mit alltäglichen Herausforderungen, Problemen und Schwierigkeiten - das Praktizieren von Zivilcourage oder praktische Kompetenz, wenn es um neue Medien geht, der Umgang mit akuten Konflikten und Strategien zur Konfliktlösung, das Verhalten in Situationen der Grenzüberschreitung, sei es in der Rolle als Opfer oder als Beobachter. Das sind Probleme, denen nicht einfach mit Verboten oder Strafen, aber auch nicht nur mit eingleisiger Information, zum Beispiel im Klassenzimmer, beizukommen ist. Wie bewegen sich Kinder und Jugendliche in ihren eigenen Welten wie zum Beispiel den Chatrooms, Communities und Game-Welten im Internet? Wie lernen sie, Konflikte ohne Gewalt zu lösen? Das sind zentrale Fragen und Herausforderungen, welche nach entsprechender Schulung und Kompetenz der Bezugspersonen mit einer erzieherischen Funktion rufen. Dazu gehören neben den Eltern auch Lehrerinnen, Lehrmeister, Vorgesetzte, Jugendberater, Aktive in Vereinen und andere. Um diese in die „Medienerziehung“ einbeziehen zu können, braucht es Angebote, die aktuelle gesellschaftliche Fragen realitätsnah behandeln.

Der Regierungsrat hat mehrfach auf die Wichtigkeit dieser Themenkreise hingewiesen. Am Beginn von vermehrten Anstrengungen in diese Richtung könnte eine breite Auslegeordnung stehen. Um dafür einen konstruktiven Anstoss zu geben, erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Welche institutionalisierten Angebote zum Erlangen von Medienkompetenz und zur praktischen Schulung in Konfliktvermeidung und -bewältigung existieren im Kanton Basel-Stadt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene?
2. Welche Massnahmen werden durchgeführt, damit Erziehungs- und Lehrpersonen praxisnahe Handlungskompetenzen im Umgang mit neuen Medien (sogenannte Medienkompetenzen) erlangen?
3. Welche Institutionen, Fachstellen und Verwaltungsabteilungen (verwaltungsinterne wie -externe) nehmen diese Aufgaben wahr?

4. Auf welche aktuellen und künftigen Projekte konzentriert sich insbesondere das Ressort für „Besondere Prävention“ der Kantonspolizei?
5. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass den oben beschriebenen Themenfeldern in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit beizumessen ist? Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation in den Themengebieten ein, wo er selber bereits Handlungsbedarf geortet hat? In welchen Bereichen bestehen Lücken im Angebot, und wie können diese geschlossen werden?
6. Wie erfolgt die Abgrenzung zu Angeboten und Programmen, welche in erster Linie auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung abzielen? Wo gibt es Schnittstellen, etwa zur offenen Kinder- und Jugendarbeit?
7. Welche Aktivitäten ergeben sich aus dem bundesrätlichen Programm zur Stärkung der Medienkompetenz vom Juni 2010, welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen aufgezogen werden soll?
8. Wie sieht der Regierungsrat heute und in Zukunft die Rolle der speziell darauf ausgerichteten medienpädagogischen Institutionen, die z.B. Konfliktsituationen und Problemlösungen mit Jugendlichen und Erwachsenen praktisch durchspielen?
9. In welchem Umfang werden diese Angebote direkt von der öffentlichen Hand, aber auch von nahen Institutionen wie Lotteriefonds oder Christoph Merian Stiftung unterstützt?

Francisca Schiess“

Wir beantworten diese schriftliche Anfrage wie folgt:

Allgemeines

Computer, Handy und Internet gehören heute zum Alltag. Kinder und Jugendliche bewegen sich gerne und viel in der Welt der neuen Medien. Um dies kompetent und vor allem sicher zu tun, brauchen sie die altersgerechte Anleitung durch Erwachsene. Hier besteht aber für viele Erwachsene eine gewisse Überforderung. Denn anders als die Generation der Kinder und Jugendlichen ist die Generation der Erwachsenen nicht mit den neuen Medien aufgewachsen, sondern musste sich ihre Medienkompetenzen erst zu einem späteren Zeitpunkt im Leben aneignen. So sind die Erwachsenen oft selbst nicht vertraut genug mit den neuen Medien, um die Medienkompetenzen der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Deshalb müssen sich Angebote zur Förderung der Medienkompetenz nicht nur an Kinder und Jugendliche richten, sondern auch an ihre Bezugspersonen.

In der Pädagogik beinhaltet der Begriff «Medienkompetenz» vier verschiedene Aspekte:

- Das Wissen über das technische Funktionieren von Medien (technische Kompetenz).
- Die Fähigkeit, Medien interaktiv zu nutzen, selbst zu gestalten und bereitzustellen (Nutzungskompetenz).
- Die Fähigkeit zur kritischen Analyse der vermittelten Inhalte (Reflektionskompetenz).
- Die Fähigkeit, Medien sozial und ethisch nutzen zu können (soziale Kompetenz).

Im Hinblick auf den Aspekt der Prävention sollen nachfolgende Kompetenzen erweitert werden:

- Das Bewusstsein über die potenziellen Gefahren, die mit der Mediennutzung einhergehen.
- Die Fähigkeit, sich effektiv vor diesen Gefahren zu schützen und in Gefahrensituationen adäquat zu reagieren.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es eine Reihe von Angeboten – mehrheitlich an den Schulen –, um die Medienkompetenzen von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen in diesem Sinne zu fördern.

Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass die neuen Medien noch sehr jung sind und sich ständig weiterentwickeln. Vor allem die Entwicklung von Web-2.0.-Diensten (etwa Facebook, Festzeit oder Twitter) hat eine ganze Reihe von neuen kommunikativen Möglichkeiten, aber auch Gefahren wie etwa die Verletzung des Persönlichkeitsschutzes oder Cybermobbing, mit sich gebracht. Es bestehen deshalb heute erst wenige Grundlagen, wie die Medienkompetenzen der verschiedenen Zielgruppen adäquat gefördert werden können. Solche Grundlagen mittels Modellprojekten zu erarbeiten, ist Ziel eines nationalen Programms «Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen», das der Bund 2010 zusammen mit den Kantonen gestartet hat.

Zu Frage 1

Welche institutionalisierten Angebote zum Erlangen von Medienkompetenz und zur praktischen Schulung in Konfliktvermeidung und -bewältigung existieren im Kanton Basel-Stadt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene?

Die Präventionsaktion «Internet, Handy & Co» wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Basel-Stadt, dem damaligen Justizdepartement und dem Erziehungsdepartement erarbeitet. Sie wird seit 2008 flächendeckend durch das Ressort «Besondere Prävention» der Kantonspolizei in allen Klassen der 2. Orientierungsstufen durchgeführt. Während drei Lektionen erhalten die Kinder eine fundierte Aufklärung über die Gefahren im Umgang mit neuen Medien. Ergänzend werden die Eltern an Informationsabenden aufgeklärt und erhalten eine Broschüre zum Umgang mit neuen Medien. Die Lehrpersonen wohnen dem Unterricht bei, um Informationen über neue Medien sowie aktuelle Themen in der eigenen Klasse zu erhalten. Folgende Themen werden schwerpunktmässig behandelt: Filme mit pornografischem oder gewalthaltigem Inhalt im Internet oder auf dem Handy, Sicherheit in sozialen Communities (Chat) sowie Cybermobbing, Cyberbullying und sexuelle Belästigungen. Zudem wird der verantwortungsvolle Umgang mit Computerspielen (etwa Ego-Shootern) thematisiert.

«Eltern und Schule stärken Kinder», ESSKI, ist ein Projekt des Erziehungsdepartements zur Förderung der Gesundheit bei Lehrpersonen, Kindern und Eltern und zur Prävention von Stress, Aggression und Sucht. Ziel des Projekts ist es, die Ressourcen und sozialen Kompetenzen der Teilnehmenden zu fördern und so gegen Aggression, Stress und Sucht präventiv zu wirken. Grundlage ist dabei das Interventionsprogramm «Fit und stark fürs Leben». Die

Eltern oder Erziehungsberechtigten der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler werden auf der Grundlage des Elternbildungsprogramms «Triple P (Positive Parenting Program)» in ihrer erzieherischen Kompetenz gestärkt. Das Projekt dient der Konfliktvermeidung und -bewältigung. ESSKI wird derzeit in verschiedenen Primarschulen des Kantons Basel-Stadt durchgeführt. Weitere sind vorgesehen.

Im Rahmen der Elternbildung führt das Erziehungsdepartement seit mehreren Jahren das Projekt «Femmes Tische» durch. «Femmes Tische» bringt Erziehende zusammen, damit sie sich in ungezwungenen Diskussionsrunden in privatem Rahmen mit Fragen zu Erziehung, Rollenverhalten und Gesundheit auseinandersetzen können. «Femmes Tische» behandelt unter anderem auch den Fernsehkonsum und den Umgang mit Internet und Handy.

Zu Frage 2

Welche Massnahmen werden durchgeführt, damit Erziehungs- und Lehrpersonen praxisnahe Handlungskompetenzen im Umgang mit neuen Medien (sogenannte Medienkompetenzen) erlangen?

Das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung (ULEF) des Zentrums Lehrpersonen (ZLP) bietet eine Reihe von Weiterbildungen zum Thema an. Die Kurse können von Lehrpersonen individuell besucht werden; einzelne Kurse können auch von Kollegien oder Fachgruppen angefordert werden. Derzeit stehen folgende Kurse auf dem Programm:

- «Facebook.com, festzeit.ch und weitere Plattformen»: Lehrpersonen erfahren in diesem Kurs, was Facebook, Festzeit und ähnliche Plattformen sind, wie diese Angebote genutzt werden können und welche Gefahren sie bergen.
- «Internet, Handy & Co.: Genial und brutal»: Dieser Kurs behandelt Themen wie Risiken und Gefahren im Internet und Chat, virtuelle Communities, Verbotenes auf dem Handy oder wie Lehrpersonen an ihrer Schule präventiv arbeiten können.
- «Kinder und Medien»: Dieser Kurs informiert über das Konsumverhalten von Kindern und die Folgen des Medienkonsums.
- «Gewaltige Bilder - Bilder der Gewalt»: Lehrpersonen aller Stufen können ihre Kenntnisse der Filmsprache vertiefen.
- In einem weiteren Kurs wird didaktisches Wissen zur Verfügung gestellt, damit Lehrpersonen das Thema im Unterricht und mit den Eltern aufnehmen können.

Für 2012 sind weitere Angebote zu Medienpädagogik und Mediennutzung geplant.

Zusätzlich können Lehrpersonen im ZLP beim Dienst für technische Unterrichtsmittel und bei der «Pädagogischen Dokumentationsstelle PDS» digitale Medien oder Printmedien etwa zu den Themen Cybermobbing, Netzwerke, Persönlichkeitsrechte oder Medienpädagogik ausleihen.

An allen Schulstandorten der Volksschule übt eine Lehrperson zu ihrer Unterrichtstätigkeit die Aufgabe eines ICT-Moderators aus. Diese ICT-Moderatorinnen und Moderatoren haben die Funktion von Multiplikatoren. Viermal im Jahr werden sie von der Fachstelle ICT Basler Schulen zu Sitzungen und Schulungen eingeladen. An diesen Treffen werden regelmässig auch aktuelle Themen zur Medienkompetenz bearbeitet. Die Inhalte werden anschliessend

von den ICT-Moderatorinnen und Moderatoren an die Lehrpersonen im Kollegium weitervermittelt.

Es gibt verschiedene Broschüren, die sich an die Eltern richten und an den Basler Schulen verteilt werden. Diese sind:

- «Internet, Handy & Co: Genial und brutal» der Kantonspolizei Ressort «Besondere Prävention»
- «Kids & Teens Online - Chancen, Tipps und Gefahren im Umgang mit Neuen Medien», eine Broschüre des Präsidialdepartements Basel-Stadt, des Erziehungsdepartements Basel-Stadt und der Medien- und Theaterfalle
- «enter», ein Ratgeber von Swisscom zu den digitalen Medien

Auf dem Basler Bildungsserver gibt es eine Linksammlung zum Thema Medienkompetenz für Lehrpersonen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler.¹

In Planung ist eine Stelle für Medienpädagogik im Zentrum Lehrpersonen, ZLP, Bereich Medien, damit zukünftig weiteres pädagogisches Wissen zu Medienvermittlung, Mediennutzung und zum Umgang mit Medien für Schulen und Lehrpersonen zur Verfügung gestellt werden kann.

Zu Frage 3

Welche Institutionen, Fachstellen und Verwaltungsabteilungen (verwaltungsinterne wie externe) nehmen diese Aufgaben wahr?

Innerhalb der Verwaltung führen diverse Stellen regelmässige Angebote oder einzelne Projekte durch, die zum Ziel haben, die Medienkompetenzen von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen zu fördern. Dazu zählen unter anderem das ZLP und die Abteilung Jugend- und Familienförderung des Erziehungsdepartements, das Ressort «Besondere Prävention» der Kantonspolizei (Justiz- und Sicherheitsdepartement) und die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsdepartements.

Externe Fachstelle ist unter anderem der Verein Medien- und Theaterfalle, der medien- und theaterpädagogische Projekte für Bildungseinrichtungen, Unternehmen und öffentliche Institutionen realisiert, auch für den Kanton Basel-Stadt. Die Fortbildungen der Medienfalle bieten Erwachsenen, Lehrenden und Eltern die Möglichkeit, sich inhaltlich, ästhetisch und technisch mit den Medien Audio, Fotografie und Internet auseinanderzusetzen und so ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit diesen zu erweitern.

Da es sinnvoll ist, für die Vermittlung des Umgangs mit den neuen Medien diese auch zu nutzen, findet Medienbildung oft im Internet statt. So gibt es eine Reihe von Internetplattformen privater und nicht-privater Institutionen, die über den Umgang mit neuen Medien informieren. Dazu gehört auch die Plattform Elternet.ch mit Geschäftssitz in Basel. Ziel von Elternet.ch ist es, Eltern bei der Erziehungsarbeit im Bereich der digitalen Kommunikations- und Informationstechnologien zu unterstützen. Die Website beinhaltet Informationen für El-

¹ <http://ict.edubs.ch/unterricht/medienkompetenz/sichere-mediennutzung>

tern zu Internet, Handy und Games. Eine aktuelle Kampagne auf Elter.net.ch ist «Zusammen stark! Für Kinder und Eltern: zusammen lernen – zusammen Spass haben – zusammen stark». Dabei stellt Elter.net.ch lehrreiche und unterhaltsame Aktivitäten vor, die Eltern und Kinder im Internet oder mit Hilfe der neuen Medien gemeinsam unternehmen können. Elter.net.ch arbeitet auch mit Elternbildung CH und der Stiftung Kinderschutz zusammen, um ihre Kompetenzen im Jugendmedienschutz, der Förderung von Medienkompetenz und der Eltern- und Erwachsenenbildung zusammenzulegen und in gemeinsame Projekte einzubringen. Ein Projekt ist «Mediencoaching für Eltern», eine modular aufgebaute Schulung, die Schulen, Gemeinden oder Elternorganisationen angeboten wird. Das Projekt befindet sich in der Startphase und wird unter anderem durch den Kanton Basel-Stadt unterstützt.

Zu Frage 4

Auf welche aktuellen und künftigen Projekte konzentriert sich insbesondere das Ressort für «Besondere Prävention» der Kantonspolizei?

Mit seinen Präventionsarbeiten an den Schulen will das Ressort «Besondere Prävention» der Kantonspolizei Kinder und Jugendliche über die Risiken der neuen Medien aufklären und sie für den sicheren Umgang sensibilisieren. Sie sollen zudem in der Lage sein, die Realität von der Fiktion zu unterscheiden und bei Gewaltszenen sowie sexueller Gewalt distanziert zu reagieren. Die Jugendlichen erhalten ein Mauspad mit diversen Sicherheitshinweisen sowie Flugblätter (Umgang mit dem Handy und dem Internet). Sämtliche Angebote und Materialien sind auf folgender Website zu finden: www.polizei.bs.ch/praevention.

Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche bei einem selbstständigen, kritischen und verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Medien zu unterstützen. Dazu wurde das Präventionsmodul «Internet, Handy & Co: Genial und brutal» entwickelt, das in allen Klassen der 2. Orientierungsstufen durchgeführt wird (siehe auch Antwort zu Frage 1).

Künftig soll das Phänomen des Cyberbullings in den Schulen verstärkt angegangen werden, da dieses relativ neue Phänomen Kinder und Jugendliche stark belasten kann: Sie leiden nicht nur in der Schule unter Mobbing, sondern werden auch ausserhalb der Schule mit Hilfe der neuen Medien belastigt und abgewertet.

Das Ressort «Besondere Prävention» ist in Basel wichtige Anlaufstelle bei Gewalt von Kindern und Jugendlichen an Schulen und in der Freizeit. Das Ressort bietet auf allen Schulstufen Gewaltprävention an, die bei Gewaltvorfällen an Schulen eine nachhaltige Veränderung bewirkt. Diese Präventionsangebote werden bedürfnisorientiert und in Absprache mit den Schulhausleitungen und den Lehrpersonen erarbeitet und durchgeführt. Dabei werden Lehrpersonen, Eltern und Kinder miteinbezogen. Zudem unterstützt das Ressort bei Gewaltvorfällen die belastenden Klassensituationen, fördert eine konstruktive Konfliktkultur und löst destruktive Dynamiken (etwa bei Mobbing oder bei Disziplinproblemen) auf. Als externe Stelle bezieht das Ressort bei einer Intervention alle betroffenen Personen (Klasse, Lehrperson, Eltern und Schulleitung) ein. Für gewalttätige Jugendliche werden Stopp-Gewalt-Trainings angeboten, die in geschlechtshomogenen Gruppen durchgeführt werden.

Die Jugend- und Präventionspolizei wirkt als Ergänzung zu den Gewaltberatern und will durch den aktiven Kontakt zu den Jugendlichen Straftaten und Gewaltdelikte verhindern. Durch regelmässige Kontakte können Problemfelder frühzeitig erkannt werden und es kann entsprechend reagiert werden. Der Kontaktaufbau zu den Jugendlichen findet meist in der Freizeit statt, wo diese während der Tages- und Nachtpatrouillen der Polizisten in zivil aufgesucht werden. In den Schulen werden Lektionen mit strafrechtlichen und präventiven Inhalten durchgeführt.

Die Präventionsprojekte sollen so früh wie möglich viele sozial auffällige Kinder und Jugendliche erreichen und sie geeigneten Angeboten zuführen. Die Vernetzung mit anderen Fachstellen ist zentral.

Zu Frage 5

Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass den oben beschriebenen Themenfeldern in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit beizumessen ist? Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation in den Themengebieten ein, wo er selber bereits Handlungsbedarf geortet hat? In welchen Bereichen bestehen Lücken im Angebot, und wie können diese geschlossen werden?

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass der Kinder- und Jugendmedienschutz und die Vermittlung von Medienkompetenzen heute und in Zukunft wichtige Themen sind. In beiden Bereichen sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf.

Für den Kinder- und Jugendmedienschutz hat der Kanton Basel-Stadt gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft ein neues Film- und Trägermediengesetz erarbeitet. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt stimmte an seiner Sitzung vom 9. Juni 2010 mit Beschluss Nr. 10/23/11G dem Gesetzesentwurf zu. Das bisherige Filmgesetz regelt einzig den Zutritt in die Kinos; mit dem neuen Film- und Trägermediengesetz werden Altersbeschränkungen auch für Medien wie Videofilme, DVDs, Konsolen- oder Videospiele eingeführt. Das neue Gesetz wurde schweizweit beachtet, verschiedene Kantone prüfen eine Übernahme der Vorlage.

Handlungsbedarf besteht auch bezüglich der Entwicklung von Angeboten, die zielgruppengerecht Medienkompetenzen fördern. Die Kantone erarbeiten derzeit gemeinsam mit dem Bund Grundlagen für solche Angebote. Ausgangslage für diese Arbeiten ist das nationale Programm «Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen», das seit Juni 2010 vorliegt. Davon ausgehend werden in den Kantonen Modell- und Pilotprojekte durchgeführt, aufgrund derer Erfahrungen gesammelt werden können.

Zu Frage 6

Wie erfolgt die Abgrenzung zu Angeboten und Programmen, welche in erster Linie auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung abzielen? Wo gibt es Schnittstellen, etwa zur offenen Kinder- und Jugendarbeit?

In den Jugendtreffpunkten stehen den Jugendlichen Computer mit Internetzugang zur Verfügung. Auch hier wird die Medienkompetenz gefördert. Die Jugendlichen im richtigen Umgang mit Medien zu unterstützen, sie gegenüber Missbrauch zu sensibilisieren und die Auf-

klärung über mögliche Gefahren zu fördern, sind auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wichtige Anliegen der Gewaltprävention im Umgang mit neuen Medien. Dies geschieht durch die Mitarbeitenden in den Jugendtreffpunkten vor Ort.

Zudem entwickeln verschiedene Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit neue Konzepte, wie Jugendliche über Web-2.0-Dienste (wie Facebook oder Festzeit) erreicht werden können.

Zu Frage 7

Welche Aktivitäten ergeben sich aus dem bundesrätlichen Programm zur Stärkung der Medienkompetenz vom Juni 2010, welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen aufgezogen werden soll?

Das nationale Programm «Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen» wurde in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, Universitäten und Branchen erarbeitet. Der Kanton Basel-Stadt konnte sich seit Beginn an diesen Arbeiten beteiligen. Das Programm konzentriert sich auf folgende Massnahmen:

- Die Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern, damit sie kreativ und verantwortungsvoll mit Medien umgehen und sich vor gefährdenden Einflüssen schützen können.
- Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen beim Erwerb von Medienkompetenzen zu unterstützen, damit sie ihre Erziehungsfunktionen erfüllen können. Dies beinhaltet die Fähigkeit, den altersgerechten Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen zu fördern, sie angemessen zu begleiten, Gefahren zu erkennen und technische Schutzmöglichkeiten anzuwenden.

Der Bund hat das Ziel, dass bis Ende 2015 alle in der Schweiz wohnhaften Kinder und Jugendlichen sowie Eltern, Lehrpersonen und Erziehungspersonen in der Lage sind, kompetent mit den Chancen und Gefahren von audiovisuellen, elektronischen und interaktiven Medien umzugehen. Folgende Massnahmen sind bisher vorgesehen:

- Aufbau eines zentralen Informationsportals für den Jugendmedienschutz und Bündelung der bestehenden Sensibilisierungsangebote.
- Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Materialien und Schulungen.
- Erarbeitung und Erprobung innovativer Strategien zum Erreichen der Risikogruppen und zur Nutzung der Peer-Group.
- Förderung der Vernetzung und Zusammenarbeit aller relevanten Akteure in der Schweiz und mit dem Ausland.
- Bekanntmachung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- Monitoring der Selbstregulierungsmassnahmen der Medienbranchen sowie deren gesetzliche Abstützung durch die Kantone (im Bereich Film und Unterhaltungsmedien).

Das nationale Programm macht deutlich, dass zwar Handlungsbedarf besteht, es zeigt aber auch, dass Grundlagen fehlen, wie Medienkompetenzen zielgerichtet gefördert werden können. Mit der Finanzierung von Modell- und Pilotprojekten will der Bund Neues anstossen,

Lücken füllen und den zahlreichen Akteuren Hilfestellungen und Austauschmöglichkeiten anbieten.

Zu Frage 8

Wie sieht der Regierungsrat heute und in Zukunft die Rolle der speziell darauf ausgerichteten medienpädagogischen Institutionen, die z.B. Konfliktsituationen und Problemlösungen mit Jugendlichen und Erwachsenen praktisch durchspielen?

Der Regierungsrat ist daran interessiert, auf regionaler Ebene gemeinsam mit fachkundigen Partnern Angebote zur Förderung der Medienkompetenzen anbieten zu können. Er hat deshalb und wird auch in Zukunft im Rahmen einzelner Programme mit diesen Partnern zusammenarbeiten. Wie sich diese Zusammenarbeit weiterentwickeln wird, werden die Erfahrungen zeigen, die mit den Pilot- und Modellprojekten anlässlich des nationalen Programms «Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen» gemacht werden.

Zu Frage 9

In welchem Umfang werden diese Angebote direkt von der öffentlichen Hand, aber auch von nahen Institutionen wie Lotteriefonds oder Christoph Merian Stiftung unterstützt?

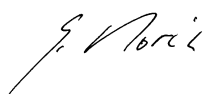
Aus dem Swisslos-Fonds wurden in den Jahren 2010 und 2011 zwei Projekte unterstützt, die in Zusammenhang mit Präventionsarbeit im Kinder- und Jugendbereich stehen:

- Stiftung SportAssist Basel: Gewaltprävention für jugendliche Sportlerinnen und Sportler zu Themen Migration und Integration, Doping und Sucht sowie Gewalt, speziell im Jugendfussball. Beitrag: CHF 25'000.
- RADIX Zürich für die Plattform feelok.ch im Bereich Gesundheit, Gewaltprävention und soziale Integration. Beitrag: CHF 9'000.

Es ist zu bemerken, dass eine Unterstützung aus dem Swisslos-Fonds grundsätzlich ausgeschlossen ist, wenn die Aufgaben vom Staat wahrzunehmen sind (§ 5 Swisslos-Fonds-Verordnung). Präventionsprojekte werden hauptsächlich durch den Kanton (Erziehungsdepartement und Kantonspolizei) gefördert.

Die Christoph Merian Stiftung (CMS) unterstützt im Rahmen ihres kulturellen Schwerpunktprogramms «Visuelle Kunst» zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt massgeblich das Haus für elektronische Künste an der Oslostrasse 10 im Dreispitz. Dort werden in lockerer Folge auch Kurse und Workshops für Kinder und Jugendliche angeboten. Aus finanziellen Gründen wird derzeit aber keine kohärente Vermittlung von Medienkompetenzen angeboten. Daneben finanziert die CMS seit zwei Jahren den Wettbewerb «Achtung fertig Kamera» der Medienfalle.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin